

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
am letztem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühren.) =
Insertionspreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Essene in Oestrich.

Telefonnummer No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

No. 136

Donnerstag, den 14. November 1918

69. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

XVIII. Armee-Korps
Stellvertretendes General-Kommando.
Mst. 36 22816/5296.

Gouvernement der Festung Mainz.
Mst. 36 60744/3017

Verordnung.

Betrifft: Verbot des Auslandsversandes von Zeitungen und Zeitschriften mit Anzeigen.

Auf Grund des § 95 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimmen wir für den Bereich des 18. Armee-Korps und des Gouvernements Mainz:

Periodische Druckschriften sind während der ersten zwei Wochen nach dem Erscheinungstage nur ohne Anzeigenteil oder mit völlig unsehrlich gemachten Anzeigen zum Auslandsversand zugelassen. Als Anzeigen in diesem Sinne gelten alle nicht unter Verantwortung der Redaktion erscheinenden Veröffentlichungen wie z. B. in Verbindung mit Anzeigen eingefandte sogenannte redaktionelle Notizen.

Ausgenommen sind:

1. Anzeigen amtlicher Stellen und öffentlich rechtlicher Korporationen Deutschlands und der mit ihm verbündeten Staaten.

2. Geschäftsberichte, Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen und Emissionssprospekte handelsgerichtlich eingetragener Firmen.

3. Anzeigen, deren Annahme mindestens 14 Tage vor dem Ausgabetermin der Druckchrift erfolgt ist; diese Anzeigen aber nur, wenn sich auf der betreffenden Seite überhaupt keine ausfuhrverbotene Anzeige (vergl. auch 1 und 2) befindet und dies durch ein eingedrucktes Zeichen in der rechten oberen Ecke der betreffenden Seite kenntlich gemacht ist.

Um die Einhaltung der 14-tägigen Frist zwischen Anzeigenannahme und -Ausgabe kontrollieren zu können, ist von den in Betracht kommenden Anzeigen eine Abschrift der zuständigen örtlichen Zensurstelle vorzulegen und rechnet die 14-tägige Frist erst von dem Tage dieser Vorlegung an.

Periodische Druckschriften, bei denen es bei allen ihren Anzeigen gewährleistet ist, daß zwischen Annahme und Veröffentlichung der Anzeigen eine Frist von mindestens 14 Tagen liegt, können durch den zuständigen Militärbehördenhaber von der Verpflichtung zur Einreichung der einzelnen Anzeigen befreit werden.

Alle zum unverzüglichen Auslandsversand zugelassenen Ausgaben sind auf der vordersten Seite oder dem Umschlag durch ein oben rechts in der Ecke eingedrucktes Zeichen kenntlich zu machen.

Unberührt bleibt der amtliche Versand, der Feldpostversand, der Versand ins besetzte Gebiet und nach Oesterreich-Ungarn.

Zu widerstandsfähigen hiergegen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Frankfurt a. M., den 17. Oktober 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General:

Riedel,

General der Infanterie.

Mainz, den 17. Oktober 1918.

Der Gouverneur der Festung Mainz:

Bauch,

Generalleutnant.

Bekanntmachung betr. Kleidung und Schuhwerk für die landwirtschaftliche Bevölkerung.

Frauenkleider sind in den Geschäften Geschwister Larius in Rüdesheim und Ferd. Lamb in Eltville, Schuhwaren bei Ferd. Herms in Rüdesheim und Wlth. Philipp in Eltville zu haben.

Rüdesheim a. Rh., den 6. November 1918.

Der Kreis-Ausschuß des Rheingaukreises.

gez. Wagner.

Das Programm der Regierung.

* Berlin, 12. Nov. Ein Aufruf der Volksbeauftragten kündigt an: Die Regierung setze sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen und verbindliche mit Gesetzeskraft:

Aufhebung des Belagerungszustandes, sowie aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes auch

für Beamte und Staatsarbeiter, Aufhebung der Zensur, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsübung, politische Amnestie, Aufhebung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst, Aufhebung der Gefindeordnung, sowie der Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter und die Wiedereinführung der Arbeiterschutzbefreiungen. Spätestens zu Neujahr soll der achtstündige Normalarbeitertag in Kraft treten. Die Regierung kündigt ferner an: Fürsorge für ausreichende Arbeitsgelegenheit, Unterstützung von Erwerbslosen, Erhöhung der Versicherungspflicht bei der Krankenversicherung, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung geregelter Volksernährung, die Aufrechterhaltung geordneter Produktion, Schutz des Eigentums gegen die Angriffe Privater. Alle öffentlichen Wahlen sollen nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht nach dem Proportionalsystem für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen erfolgen, auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung erfolgt.

Änderung der Waffenstillstandsbedingungen.

Die auf dem

rechten Rheinufer

vorgehaltene neutrale Zone soll sich bis zu einer Entfernung von 10 Kilometer (statt 30 bis 40 Kilometer) vom Fluß erstrecken. Die Räumung der links- und rechtsrheinischen Gebiete muß in insgesamt 30 Tagen (statt 25) bewirkt sein. Die Zahl der auszuführenden Lastkraftwagen wird auf 5000 statt auf 10000 festgesetzt. Bezüglich der Kriegsgefangenen wird vereinbart, daß die Heimsendung der

deutschen Kriegsgefangenen,

die in Holland und in der Schweiz interniert sind, wie bisher fortgesetzt werden. Die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen wird bei Abschluß der Vorfriedensverhandlungen geregelt. Was die Räumung der Ostgebiete anbelangt, so müssen Oesterreich, Rumänien und die Türkei sofort geräumt werden, die vor dem Frieden zu Rußland gehörenden Gebiete, sobald die Alliierten unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete den Augenblick für gekommen erachten.

Bezüglich

Ostafrikas

wird bestimmt, daß dieses Gebiet innerhalb eines Monats von allen deutschen Streitkräften geräumt sein muß.

Die Bestimmung über

die U-Boote

lautet: Auslieferung aller U-Boote einschließlich der U-Boot-Kreuzer und Minenleger mit ihrer Bewaffnung und vollständigen Ausrüstung. Sie fahren nach einem von den Alliierten bestimmten Hafen. Solche, die nicht in See fliehen können, werden abgerüstet, vom Personal verlassen und unter Aufsicht gestellt. Die Bedingungen dieses Artikels werden in einem Zeitraum von 14 Tagen ausgeführt. Die zu internierenden Schiffe müssen bereit sein, die deutschen Häfen binnen sieben Tagen zu verlassen.

Bezüglich der

Blockade

heißt es: Die Alliierten sind der Ansicht, daß die Fortsetzung der Blockade die Lebensmittelversorgung Deutschlands nach abgeschlossener Waffenstillstand nicht verhindern wird in dem Maße, wie sie es für notwendig halten werden. Es wird jedoch zum Artikel 26 folgender Satz hinzugefügt:

Die Alliierten und die Vereinigten Staaten beschäftigen sich mit der Frage der Lebensmittelversorgung während des Waffenstillstandes. Die Dauer des Waffenstillstandes wird auf 35 Tage festgesetzt mit der Möglichkeit der Verlängerung. Im Laufe dieses Zeitraums kann der Waffenstillstand, wenn die Klauseln nicht erfüllt werden, mit 48stündiger Wirkung gekündigt werden. Um die Ausführung zu erleichtern, wird das Prinzip einer ständigen internationalen Waffenstillstands-Kommission angenommen.

(Die Annahme, die in der Bevölkerung vielfach verbreitet ist, daß die Zivilbevölkerung bis zum 45. Lebensjahre abwandern müsse, ist, wie zuverlässig verlautet, nicht richtig. Die Räumung erstreckt sich nur auf mobile Truppen.)

Eine neue deutsche Note an Wilson.

BB. Berlin, 12. Nov. Die deutsche Regierung sandte folgende Note an Staatssekretär Lansing:

Da der Waffenstillstand jetzt abgeschlossen ist, ersucht die deutsche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten, für die Eröffnung der Friedensverhandlungen Maßnahmen zu treffen. Um diese zu beschleunigen, schlägt die deutsche Regierung vor, zunächst einen provisorischen Frieden zu schließen. Sie ersucht um Mitteilung von Ort und Zeit, wo die Verhandlungen beginnen können. Da die Gefahr einer Hungersnot besteht, ist das Bestreben der deutschen Regierung besonders darauf gerichtet, sofort in Friedensverhandlungen einzutreten. (gez.) Solf.

Die Kohlenwirtschaft.

BB. Berlin, 12. Nov. Die Kohlenwirtschaft ist ebenso wichtig und gefährdet wie die Lebensmittelwirtschaft. Die Kohlennot wird trotz Abstellung der Kriegswirtschaft unverändert groß bleiben, schon wegen der Verkehrsschwierigkeiten. Die Aufrechterhaltung der Kohlenwirtschaft ist abhängig von dem geordneten Weiterarbeiten der Organisation. Die örtlichen Organe sind: für den Hausbrand die Städte und Kommunalverbände, für Gas, Wasser, Elektrizität und Kohlenversorgung der Fabriken die Kohlen- und Elektrizitätsabteilungen. Bei den bisherigen Kriegssamtsstellen. Diese sind bereits angewiesen, nach den Gesichtspunkten der Friedenswirtschaft zu arbeiten. Die Arbeiter- und Soldatenräte, überhaupt alle durch den Uebergang der Regierungsgewalt in die Hände des Volkes entstandenen politischen Organe werden aufgefordert, in die bestehende Organisation der Kohlenwirtschaft nicht einzugreifen, sondern deren etwa erforderliche Umgestaltung der zentralen Volksregierung zu überlassen. Nur so kann das schwerste Unheil von dem Volke und dem zurückkehrenden Heere abgewendet werden. (Ebert, Haase.)

Zur inneren Lage.

Die deutsche sozialistische Republik.

BB. Berlin, 11. Nov. Die Versammlung des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates im Jirkus Busch wählte von den unabhängigen Sozialisten folgende Vertreter: Barth, Müller, Gähder, Wegmann, Neuenhof und Ledebour, und von der sozialdemokratischen Partei: Geller, Gublich, Busch, Wügel, Hob. Als Vertreter der Soldaten wurden gewählt: Mollenbuhr, Berseide, Gerhardt, Hertel, Lauppert, Haase, Balz, Bethusch, Bergmann, Köhler, Dornier, Schumann, Wimpel. Die Einigung der Unabhängigen mit den Vertretern der Mehrheitspartei ist im wesentlichen auf die Soldatenräte zurückzuführen. Eine Proklamation des Arbeiter- und Soldatenrates wurde gutgeheißen. Darin wird u. a. gesagt, daß, nachdem Deutschland Republik geworden, sich die Gefängnis-, Arrest- und Zuchthausmauern für die wegen politischer und militärischer Verbrechen verurteilten Verhafteten zu öffnen hätten. Sofortiger Friede sei die Parole der Revolution. Wie auch der Friede aussehen möge, er ist besser als eine Fortsetzung des ungeheuren Massenschlachten. Weiter heißt es: Der Arbeiter- und Soldatenrat ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß sich in der ganzen Welt eine Umwälzung in der gleichen Richtung vorbereitet. Er erwartet mit Zuversicht, daß das Proletariat der anderen Länder seine ganze Kraft einsetzen wird, um eine Verewaligung des deutschen Volkes bei Abschluß des Krieges zu verhindern. Nach der Versammlung im Jirkus Busch trat das Kabinett zusammen und konstituierte sich als Körperschaft mit gleichen Rechten als Rat der Volksbeauftragten. Den Vorsitz führen Ebert und Haase.

Die erste Sitzung des Berliner Soldatenrates.

Der Soldatenrat hielt im Reichstags-Gebäude seine erste Sitzung ab. Abg. Eohn eröffnete die Sitzung. Als aus dem Sitzungssaal viele Anzeigen ihm laut wurden, erklärte er, er sei als Vorsitzender nichts anderes als ein Kamerad unter Kameraden und nicht Parteimann. Mit dem zum Schriftführer gewählten Abg. Mollenbuhr erklärte sich das Haus einverstanden. Erster Redner war Hauptmann Berseide. Er ermahnte zur Einigkeit und teilte mit, daß er von Karolyi aus Budapest ein Telegramm erhalten habe, in dem der ungarische Ministerpräsident erklärt, mit uns durch die und dann zu gehen. Der weitere Redner war Abg. Ledebour, dem man nicht das Wort gestatten wollte, weil er nicht Soldat sei. Schließlich sagte er sich durch und ermahnte zur Einigkeit. Der Reaktion dürfe nicht in die Hände gearbeitet werden. Oberleutnant Collihoff sagte: Die Offiziere und Mannschaften an der Front lästet, was einig sein heiße. Die Gefahr sei nicht die Reaktion, sondern der Bürgerkrieg. So weit seien wir durch die Unfähigkeit der Politiker gekommen. Sie haben das deutsche Volk in die größten Gefahren gestürzt. Wir wollen keine Parteipolitik. (Sturm. Dravorufe.) Ihr habt die Macht, die Parteipolitik heute noch fernzuhalten. Heute noch! Es handelt sich nicht um Sozial-

demokratischen und unabhängigen, in denen es wieder Spaltungen gibt. Diese Spaltungen führen uns reitend ins Chaos. (Sturm. Bravo.) Dem Redner wurde vorgeworfen, daß er in seinen Äußerungen doch weiterkämpfen wollte. Hierauf erklärte er, daß er im August bei Lindenborn und später beim Reichskanzler vorgeprochen habe. Er habe erklärt und nachzuweisen versucht, daß es aus ist mit uns. Man habe ihm nicht geglaubt. Kommt es nicht zur absoluten Einigkeit der Soldaten, so schloß der Redner, dann tritt der furchtbare Fall ein, daß die Entente mit uns überhaupt keinen Frieden schließt, daß sie bei uns einmarschiert und Teile unseres Landes auch im Innern okkupiert. Das wollen wir nicht. (Sturm. Beifall.) Vorsitzender Cohn stellte fest, daß die Versammlung einen musterhaften Verlauf nehme und alle einzig seien in dem Sinne nach Einigkeit. Die weiteren Reden sind unerheblicher Natur.

M. Berlin, 13. Nov. Bei der Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates in Potsdam ist das Neue Palais seinem Schicksal unterstellt worden. Die Kaiserin, die Kronprinzessin und andere Prinzen sind mit ihren Kindern befinden sich dort in voller Sicherheit. Die Kaiserin hat einen Vertreter des Soldatenrates ihren Dank für den bisherigen Schutz ausgesprochen und sich dem weiteren Schutz des Soldatenrates anvertraut.

Der älteste Sohn des Kronprinzen soll von Militäroffizieren im Auto in Sicherheit gebracht worden sein. Nach einem Gerücht wurde der Kronprinz von deutschen Soldaten am Passieren der holländischen Grenze gehindert. Er hätte mit seinem Vater reisen wollen, sei aber nicht rechtzeitig eingetroffen.

Die Vorgänge in Berlin.

DB. Berlin, 12. Nov. Am gestrigen Morgen zeigte Berlin sein gewohntes Bild. Nur im Zentrum der Stadt befand sich eine nach Tausenden zählende Menge die Straßen des Kampfes. Der Straßenverkehr wickelte sich in voller Ordnung ab. Die Schutzleute haben sich dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt und tragen rote Binden am Arm und sind ohne Waffen. Gegen 2 Uhr Nachmittag wurde im Zentrum an verschiedenen Stellen wieder geschossen. Man vermutet, daß noch Offiziere in den Häusern versteckt sind. Zum Teil führt man diese sinnlose Schießerei auf Nervosität zurück. Offiziere sind auch heute wieder verhaftet worden. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat nicht nur den Sicherheitsdienst gegenüber den Bürgern übernommen, er bewacht auch die Reichsbank und andere Großbanken, ferner das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk. Man ersucht in Aufrufen, die Ordnung aufrechtzuerhalten und klärt in diesen Aufrufen die Bevölkerung auf.

Die Eisenbahner.

WB. Berlin, 13. Nov. Die Beamten der preussischen Eisenbahn- und Reichseisenbahnen, der Deutsche Eisenbahnerverband, der Allgemeine Eisenbahnerverband, der Zentralverband deutscher Eisenbahner, der Reichsstellvertreter der Staatsangehörigen, der Eisenbahnerverband preussischer Lokomotivführer des Kreises Berlin erlassen folgenden Aufruf an alle Eisenbahner, Beamte und Arbeiter: Zur Sicherung der Volksernährung ist es notwendig, daß der Eisenbahnverkehr in dem bisherigen Umfang aufrechterhalten bleibt. Wir richten deshalb in dieser ersten Schicksalsstunde Deutschlands die dringende Mahnung an alle Beamte und Arbeiter des Eisenbahnbetriebes: Halte Ruhe und Ordnung im Betrieb! Tut Eure Pflicht als Eisenbahner. In diesem Sinne macht Euren ganzen Einfluß geltend, damit diese Mahnung reibungslos zur Durchführung gelangt! Gleichzeitig fühlen sich die obengenannten Organisationen verpflichtet, das dringende Ersuchen an die Verwaltung zu richten, die Leistungsfähigkeit des Personals dadurch zu erhalten und zu fördern, daß sofort geeignete Schritte zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage der Eisenbahnenbeteiligten getan werden. Zur Verwirklichung dieser Ziele legen die obengenannten Organisationen ihre ganze Kraft ein. Infolge Verkehrsschwierigkeiten war es nicht möglich, sich mit dem deutschen Verkehrspersonalverband, Ely Nürnberg, in Verbindung zu setzen.

Zeitungs-Annennungen.

(ab.) Berlin, 12. Nov. Der „Berliner Lokalanzeiger“, den die Unabhängigen für sich in Anspruch genommen hatten, ist zwei Tage lang unter dem Titel „Die rote Fahne“ erschienen. Die Regierung hat jetzt beschlossen, das Blatt wieder unter dem alten Titel erscheinen zu lassen und dieses fügt hinzu, daß es auch weiterhin seine eigene politische Überzeugung wahrnehme. — Der linke Flügel der Unabhängigen, die Spartakusgruppe, hatte die „Nordd. Allgem. Bzt.“ beschlagnahmt und diese unter dem Titel „International“ erscheinen lassen. Auch diese erscheint wieder unter ihrem früheren Titel: „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“.

Zusicherungen der neuen Regierung.

DB. Berlin, 13. Nov. Der Übergang der öffentlichen Gewalt in Groß-Berlin auf die neue Regierung vollzieht sich bisher reibungslos. Die neue Regierung wird in den nächsten Tagen eine neue Rundgebung an das Volk erteilen, und darin von neuem besonders die Unverletzbarkeit des Eigentums, die Unantastbarkeit der Kriegsanleihen und die Fortzahlung der Gehälter und Pensionen an Staatsbeamte und Pensionäre zusichern. Irgendwelche Repressalien an die Vertreter des bisherigen Systems werden, laut Beschluß der neuen Regierung, unter keinen Umständen erfolgen.

Die Entwaffnung der Griechen in Gölitz.

W. Gölitz, 12. Nov. Laut Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde die Entwaffnung der hier befindlichen Griechen vorgenommen, die ohne Zwischenfall vor sich ging. Ueber ihr ferneres Verbleiben werden zurzeit Verhandlungen gepflogen.

Die neue Regierung in Baden.

WB. Karlsruhe, 11. Nov. Der Soldatenrat und der Volkskammerausschuß erteilen einen Aufruf an das badische Volk, in dem bekannt gegeben wird, daß sich eine provisorische Volksregierung für Baden gebildet hat, die die Macht übernommen hat. Die neue Regierung wird in der auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gebildeten Nationalversammlung darüber entscheiden lassen, welche Staatsform, ob Monarchie oder Republik, für Baden maßgebend sein soll.

Ein Mordversuch in Karlsruhe.

gl. Karlsruhe, 12. Nov. In den gestrigen vorgeführten Abendstunden wurde hier von gewissen Elementen, die sich zusammengeschlossen hatten und von einem Maitrofen namens Klumpp geführt wurden, ein Anschlag gegen das Schloß und den Bahnhof, angeblich auch gegen öffentliche Gebäude, versucht, der jedoch dank der Vorkehrungen des Arbeiter- und Soldatenrats, der von diesem Plane rechtzeitig Kenntnis erhalten hatte, vereitelt wurde. Der Straßenbahnverkehr wurde der Sicherheit halber abends 6 Uhr eingestellt und die Bevölkerung aufgefordert, die Häuser nicht zu verlassen. Außerdem erfolgte eine Warnung durch die Flieger-Sirenen. Zwischen 10 und 11 Uhr kam es zu kurz dauernden Schießereien in verschiedenen Straßen, namentlich in der Gegend des Schlosses und am Bahnhof, sowie beim Marktplay zwischen Patrouillen des Arbeiter- und Soldatenrates und den genannten Elementen, wobei auch verschiedene Maschinengewehre in Tätigkeit traten. Zu Blutvergießen ist es glücklicherweise, soweit bis jetzt bekannt, nicht gekommen. Der Maitroff wurde festgenommen. Die Nacht ist sonst ruhig verlaufen.

Bayerns Rundgebung.

an die Entente und die Proletarier aller Länder.

(b.) München, 13. Nov. Die Regierung des Volksstaates Bayern sandte eine Rundgebung telegraphisch an den Bundesrat in Bern mit der Bitte um Übermittlung an Wilson, die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens und um Verbreitung in der Schweizer Presse. Die Rundgebung ist an die Regierungen und Völker Amerikas, Frankreichs, Englands, Italiens und an die Proletarier aller Länder gerichtet. Darin heißt es, daß das bayrische Volk zuerst in Deutschland den Kampf gegen die freibestehende Politik der deutschen Regierungen und Fürsten geführt habe. Bayern habe sich als Volksstaat proklamiert und das ganze Volk begrüße jubelnd seine Erlösung. Die andern Staaten Deutschlands folgten diesem Beispiel. In diesem Augenblick fürzten auf die junge Republik Bayerns die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Mächte herein. Alle Hoffnungen, die man durch den Erfolg der Revolution hegen durfte, seien damit zerstört. Würden die entsetzlichen Bedingungen nicht geändert, würde in kurzer Zeit Blüte und Chaos sein. Die alliierten Mächte strafen nicht die deutschen Autokraten und Militaristen, die keine Schonung verdienen, sondern das Volk, das sich jetzt befreit habe; und dies bedeute seine Vernichtung. Zustände gingen wir entgegen, die keine menschliche Phantasie sich vorstellen könne. Das dürfte nicht geschehen. Die demokratischen Völker dürfen nicht wollen, daß die revolutionäre Schöpfung der deutschen Demokratie durch die Schamlosigkeit der Sieger vernichtet werde. Jetzt sei die Stunde gekommen, wo durch einen Akt weit ausblickender Großmut die Befreiung der Völker herbeigeführt werden könne. Der Haß, der in der alten Welt erzeugt wurde, müsse vergessen werden. Zum Schluß heißt es: Wir beschwören Euch, die Regierungen wie die Völker, in einer Tat erhabener Selbstüberwindung die Liquidierung des Weltkrieges in gemeinsamer Arbeit der Sieger und Besiegten zu unternehmen. Dieses schwere Werk würde die erste Handlung des neuen Völkerbundes sein und ihn damit begründen. Die älteren Demokratien dürfen nicht vergessen, wie viel stumm ertragene Opfer unzähliger namenloser Deutscher seit Beginn dieses Krieges in klarer Erkenntnis der Schuld gebracht worden sind, und die Regierungen der alliierten Mächte dürfen nicht die Verantwortung vor den proletarischen Massen übernehmen, die Internationalen in dem Augenblick wieder zu zerstören, wo sie sich innerlich zusammengefunden hat. Das Schicksal der Menschheit liegt in den Händen der Männer, die jetzt verantwortlich sind für die Herbeiführung des Friedens und die Neugestaltung der zerrütteten Völker. Das Ministerium des bayerischen Volksstaates. Kurt Eisner.

Deutscher Protest bei den neutralen Sozialisten.

DB. Berlin, 12. Nov. Die beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands sandten ein Telegramm an Branting nach Stockholm, an Stanning nach Kopenhagen und an Troelsström nach dem Haag, in dem es heißt: Die sozialdemokratische Partei und die unabhängige sozialdemokratische Partei lenken dringend die Aufmerksamkeit der sozialistischen Parteien der neutralen Länder auf die Waffenstillstandsbedingungen, da die Fortsetzung unserer Unterwerfung die Verschärfung der Ausbungerungs politik bedeutet. Wenn die Blockade bestehen bleibt, wenn die Bedrängnis der deutschen Schiffahrt andauern soll, wenn 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen ausgeliefert werden, wenn die Hälfte des Materials gebrauchsunfähig ist, wenn fremde Besatzungstruppen aus der deutschen Erde vertrieben werden, ist die Volksernährung Deutschlands geradezu unmöglich. Wir bitten deshalb die sozialistische Internationale um Unterstützung zwecks Abwendung dieser schmerzlichen, von imperialistischen Regierungen diktierten Waffenstillstandsbedingungen, die aufschärfte die revolutionären Arbeitermassen und Soldaten der deutschen sozialistischen Volksrepublik treffen müßten.

Tagesgeschichte.

Das neue preussische Ministerium.

(b.) Berlin, 12. Nov. Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates hat zu Mitgliedern des Kabinetts für Preußen folgende Personen ernannt: Landtagsabgeordnete Paul Hirsch und Strobel als Vorsitzende, Otto Braun, Adolf Hoffmann und Eugen Ernst als Mitglieder. Ein sechstes Mitglied tritt noch hinzu. Mit Wahrnehmung der Geschäfte des Landwirtschaftsministeriums wurden Otto Braun und Adolf Hoffmann, mit der inneren Verwaltung Paul Hirsch und Emil Eichhorn, mit der Groß-Berliner Polizei Eugen Ernst, mit dem Finanzministerium Dr. Südekum, mit dem Kultusministerium Adolf Hoffmann und Renard Hähnisch beauftragt.

Die Kriegsanleihen sind sicher.

WB. Berlin, 13. Nov. In der Provinz wird das Gerücht verbreitet, daß die gegenwärtige Regierung, der Rat der Volksbeauftragten, die Absicht habe, die Kriegsanleihen zu annullieren. Die Regierung legt Wert darauf, diese Gerüchte auf das bestmögliche zu dementieren.

Arbeiterentlassungen bei Krupp.

(b.) Essen, 13. Nov. Bei der Firma Krupp in Essen wurden bisher 10 000 auswärtige Arbeiter entlassen.

Allerlei Nachrichten.

Die deutschen Truppen in Polen.

(b.) Berlin, 13. Nov. In Warschau soll die Revolution ausgebrochen sein. Die deutschen Zivil- und Militärbehörden werden gezwungen, nach Deutschland abzureisen. Bei den in Warschau und Umgebung liegenden Truppenteilen haben sich Soldatenräte gebildet. Ein Abgeordneter des polnischen Regimentsrates bürgte für die Sicherheit der deutschen Truppen, wenn bestimmte Gegenleistungen (Ablieferung der Waffen) erfolgten. In einer Versammlung erhob der Soldatenrat Widerspruch dagegen, mit irgendeiner polnischen Regierung in Verbindung zu treten. Die Soldaten wollten volle Neutralität bewahren, aber nicht ohne Sicherung des Rückzuges der im Lande gestreuten und in der Ukraine stehenden Kameraden. Gegen die Abgabe der Waffen bestand einmütiger Widerspruch. Nachts fand eine Versammlung mit Pilsudski statt, der beglückwünschte das dem Festungsgefangnis Magdeburg nach Warschau zurückgekehrt war. Während der Nacht fielen einzelne Schüsse. Die deutschen Truppen standen alarmbereit, um sich gegen mögliche Ueberfälle zu wehren. In vereinzelten Fällen wurden allein gehenden deutschen Militärpersonen die Waffen abgenommen. Polnische Militär- und Milizpatrouillen durchziehen die Straßen.

Soldatenräte auch im Osten.

W. Berlin, 12. Nov. Auch im Osten beginnt die neue Bewegung Wurzel zu schlagen. Königsberg, Allenstein, Insterburg, Gumbinnen, Osterode, Loeben, Posen und andere Städte sind in der Hand der Soldaten- und Arbeiterräte. In Königsberg wurde beschlossen, in den nächsten Tagen eine Abordnung nach Berlin zu senden, um namentlich bezüglich der Marschenzettelungen Befehle zu erhalten. Oberbürgermeister Rörte ist abgereist, v. Batocki hat sich zur Verfügung des Rates gestellt. In Allenstein macht sich ein Zurückfluten von Mannschaften aus anderen Garnisonen bemerkbar. Der Arbeiter- und Soldatenrat hält es aus diesem Grunde für erforderlich, daß Entlassungen und Beurlaubungen direkt von den Truppenteilen zu erteilen sind. — In Posen hat der Arbeiter- und Soldatenrat Fühlung mit den Polen genommen. Abgesehen von kleineren Ausschreitungen wurde überall die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten.

Kaiser Karls Abdankung.

(t.) Wien, 12. Nov. Nachdem Staatskanzler Renner dem Staatsrat einen Gesetzentwurf an die heute tagende Nationalversammlung vorlegte, worin Deutsch-Oesterreich als Republik und als Bestandteil der deutschen Republik erklärt wird, hielt Kaiser Karl den Augenblick für gekommen, eine Rundgebung zu erteilen, worin er betont, daß er keinerlei Schuld am Kriege trage, auch stets bemüht gewesen sei, den Frieden herbeizuführen. In unwandelbarer Liebe wäre er für alle seine Völker erfüllt gewesen. Nachdem aber Deutsch-Oesterreich eine Entscheidung über seine künftige Staatsform treffen will, er für eine Person nicht als Hindernis im Wege stehen. Er verzichte auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften. Gleichzeitig entbehe er die österreichische Regierung ihres Amtes. Er wünscht dem Volk von Deutsch-Oesterreich Glück, das in Eintracht und Versöhnlichkeit die geschaffene Neuordnung besiegeln möge. Nur der innere Frieden könne die Wunden dieses Krieges heilen.

Kaiser Karl hat Sonntagabend mit Familie in einem Automobil unter Bedeckung in unbekannter Richtung Schöndbrunn verlassen. Man nimmt an, daß er sich nach der Schweiz begeben hat.

Thronverzicht.

W. Bernburg, 12. Nov. Der Prinzregent verzichtete für Herzog Joachim Ernst von Anhalt auf den Thron, sowie für das herzogliche Haus auf das Thronfolgerecht. Die neue Regierung wird gebildet.

WB. Detmold, 12. Nov. Fürst Leopold 15. zur Lippe entsagte dem Thron. WB. Oldenburg, 12. Nov. Großherzog Friedrich August hat sich und die Dynastie auf den Thron verzichtet. Er ernannte die Bevölkerung, Ruhe zu bewahren.

(b.) Meiningen, 13. Nov. Der Herzog erklärte, daß er der Gewalt weiche, und unterließ das Schriftstück der Thronentfagung. Er fügte seiner Unterschrift hinzu: Gott segne das Land Meiningen! Prinz Ernst weigerte sich, dem Thron zu entsagen, worauf die Soldaten den Prinzen verhaften wollten. Doch gelang es dem Zureden eines Flügeladjutanten, sie von diesem Schritte abzubringen. Dann entfernten sich die Soldaten.

Aus Bayern.

DB. München, 13. Nov. In München ging das Gerücht, Königin Maria Theresia sei infolge der Aufregung der letzten Tage gestorben. Das entspricht nicht der Tatsache. Wahr ist nur, daß die Königin schwer leidend ist. Nach Ausbruch der Revolution begab sich das Königspaar nach Schloß Wildenwarth. Es befindet sich aber nicht mehr dort. Der frühere Ministerpräsident von Dandl und General von Speidel, die in Wildenwarth waren, um den König um die Entbindung der Offiziere und Beamten von ihrem Dienst zu ersuchen, haben ihn dort nicht mehr angetroffen.

Aus Württemberg.

W. Stuttgart, 12. Nov. Die neue Regierung wird gebildet von den Sozialisten Bloß, Heymann, Dr. Lindemann und Schreiner, sowie dem Vertreter der Unabhängigen Erspien. Als Vertreter der bürgerlichen Parteien sind in die Regierung eingetreten: Dießing (Volkspartei), Alene (Zentrum) und Baumann (Nationalliberal).

Die Bewegung in Holland.

DB. Haag, 12. Nov. In Rotterdam wurden Versammlungen der sozialdemokratischen Organisationen und der Gewerkschaftsvertreter der Niederlande, sowie des niederländischen Bundes der „Unabhängigen“ abgehalten. Es wurden Forderungen aufgestellt, die durchgesetzt werden sollen: Sofortige Demobilisierung und Verpflegung der Soldaten, bis die Arbeitslosigkeit behoben ist, sofortige Einführung des Frauenwahlrechts und Abhaltung neuer Wahlen, die Abschaffung der Ersten Kammer, Einführung des Achtstundentages und des Sechstundentages für Bergarbeiter.

die Einführung einer Altersversorgung vom 60. Lebensjahre an, Erhöhung der Löhne für Arbeiter und die andern Angelegenheiten der Eisenbahnen und der öffentlichen Einrichtungen, Bewilligung sämtlicher Forderungen des Verbandes der Militärpflichtigen. Am 16. und 17. November wird ein großer allgemeiner Arbeiterkongress stattfinden, der über die Wege zu entscheiden hat, auf denen dieses Programm verwirklicht werden soll.

Die englischen Munitionsarbeiter.

W. London, 12. Nov. Neuer meldet: Das Munitionsmunitionserklich an alle Fabriken Instruktionen, die Munitionsherstellung einzuschränken, jedoch ohne sofortige Entlassung der Arbeiter. Die Interessen der Arbeiter werden auf verschiedene Art und Weise wahrgenommen werden, u. a. durch Auszahlungen von besonderen Vergütungen in Beträgen von mindestens 24 Schilling für die Woche, worauf selbige gegebenenfalls 6 Monate lang Anspruch haben.

Die Tschechen.

W. Prag, 9. Nov. Der tschechische Nationalrat hat heute Veranlassung von Grundstücken ohne behördliche Erlaubnis verboten und als ungültig erklärt. Die Maßregel richtet sich insbesondere gegen den Großgrundbesitz.

Revolutionäre Strömungen in Schweden.

W. Stockholm, 13. Nov. Gestern hat in Stockholm unter gewaltiger Beteiligung, auch der Frauen, eine große Kundgebung gegen die Verteuerung der Lebensmittel stattgefunden. Ein Zug von Arbeitern überreichte der Regierung eine Erklärung, in der umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung hoher Preise und zur Erleichterung des Lebensdrucks gefordert werden. Das sozialistische Blatt „Politiken“ veröffentlicht ein Programm der Massenaktion zur Herbeiführung der sozialistischen Republik in Schweden. Wenn nötig, soll zur Erzielung derselben ein allgemeiner Ausstand verhängt werden. In diesem Programm wird die republikanische Staatsverfassung, Abschaffung der Ersten Kammer, Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung, sofortige Einstellung der Truppenübungen, durchgreifende Erhöhung aller Arbeiterlöhne und Beamtengehälter, Einführung des achtstündigen Arbeitstages und Beseitigung der Industrie durch die Arbeiter gefordert. Der Ausstand soll ausschließlich zur Bildung von Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten auf.

Unruhen in der Schweiz.

W. Zürich, 13. Nov. Der Regierungsrat erklärte in der Nationalversammlung, daß drei Mitglieder zum Rücktritt bereit wären, und daß er sozialistische Reformen durchführen wolle. In Zürich erfolgte laut „Morgenzeitung“ die Bildung einer kommunistischen Partei, die in der Stadt tausende von Flugblättern verteilte. Eine Anzahl der zu dieser Partei gehörenden Mitglieder wurde verhaftet, weil sie zu Revolution aufforderten.

Amerika rüft weiter.

W. Amsterdam, 13. Nov. „Central News“ meldet aus Washington, daß während der Verhandlungen über den Waffenstillstand keineswegs Kontrakte rückgängig gemacht wurden. Die Rüstungen wurden nicht vermindert, auch die Einberufungen von Mannschaften wurden fortgesetzt. Der Kriegssekretär Baker sagte: Unsere Politik bleibt die selbe wie zurzeit des Krieges.

Ein englisches Kriegsschiff torpediert.

W. Haag, 13. Nov. Das englische Kriegsschiff „Britannia“ wurde am 9. November am westlichen Eingang der Straße von Gibraltar torpediert. 30 Offiziere und 680 Mann sind gerettet.

Die gegenrevolutionäre Bewegung in Rußland.

W. Bern, 12. Nov. Das „Berliner Tagblatt“ meldet aus Wiborg: Trotzki ist zurückgetreten. Zum Nachfolger als Kriegsminister ist Stikanski ernannt worden. Es hat sich in Wlaskau eine gegenrevolutionäre Armee gebildet, die bisher gegen 12 000 Mann stark ist und gegen Petersburg marschiert.

W. Amsterdam, 13. Nov. Wie die Niederländische Telegraphen-Agentur aus dem Haag erfährt, werden hier 100 000 alliierte Kriegsgefangene aus Deutschland erwartet. Ein Ministerrat wurde abgehalten, worin die Bildung einer Kommission beschlossen wurde, die mit der Versorgung und Weiterbeförderung dieser Kriegsgefangenen beauftragt wurde.

W. Kopenhagen, 12. Nov. Hierige Blätter melden von der deutsch-dänischen Grenze: Hier sind dänische Kavallerie und Infanterie-Verstärkungen zum Schutz der Grenzen eingetroffen.

Vokale u. Vermischte Nachrichten.

Viehzahlung am 4. Dezember 1918.

§ Defrich, 14. Nov. Seit dem 1. März 1917 werden auf Beschluss des Bundesrats vierteljährliche Viehzählungen vorgenommen, deren Ergebnisse für die Beurteilung sowohl der Fleischversorgung wie der Futtermittelverteilung wichtig und unentbehrlich sind. Die Zählungen erstrecken sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Gänse, Enten, Hühner und zahme Kaninchen. Die nächste Zählung hatte am 1. Dezember d. Js. stattzufinden. Da dieser Tag jedoch ein Sonntag ist, und da ferner durch Bundesratsbeschluss eine allgemeine Volkszählung für Mittwoch, den 4. Dezember d. Js. angesetzt ist, wurde bestimmt, daß auch die nächste Viehzählung an diesem Tage stattfinden soll. Durch die Zusammenlegung beider Zählungen auf einen Tag wird das Zählgeschäft, die Aufstellung und Wiederzusammenführung der Zählpapiere in den Haushaltungen usw. für alle beteiligten Stellen, sowohl für die Behörden wie für die Zähler und die gesamte Bevölkerung, wesentlich erleichtert und vereinfacht.

Hindenburgs Dank an den Kreiskriegerverband Rheingau.

§ Gltville, 13. Nov. Um ihm Dankbarkeit für Alles, was Generalfeldmarschall von Hindenburg in über 50 Monate während harter, sorgenvoller und aufreibender Arbeit für sein Volk und Vaterland bisher geleistet hat,

Ausdruck zu geben, haben patriotische Verehrer aus dem Rheingau den 72. Geburtstag des Feldmarschalls v. Hindenburg dazu benutzt, um dem ehrwürdigen und allverehrten Generalfeldmarschall mit ihren Wünschen eine Aufmerksamkeit zu erweisen, indem sie gemeinschaftlich zu diesem Tage, den 2. Oktober 1918, mit einem entsprechenden Glückwunschschreiben eine Kollektion von auferlesenen feinen Rheingauer Weinen der besten Jahrgänge als Ehren- und Festgabe zugehen ließen. Daß der Wunsch der Spender, hiermit dem zu Ehrenenden eine Freude zu bereiten, in Erfüllung gegangen ist, dafür spricht das aus dem Großen Hauptquartier an den Vorsitzenden des Kreiskriegerverbandes Rheingau gelangte Dankschreiben vom 11. Oktober 1918. Es lautet wie folgt:

Chef des Generalstabes
des Feldheeres.

Gr. H. Qu., den 11. Okt. 1918.

Euer Hochwohlgeboren

und dem Kreiskriegerverband Rheingau sage ich für die freundlichen Wünsche zu meinem Geburtstage, sowie für die überaus gütige Spende auferlesener Rheingauweine meinen herzlichsten Dank. Ich habe mich über die auferordentlich reiche, von Ihnen in die Wege geleitete Sammlung unendlich gefreut, daß ich doch in dieser großen Aufmerksamkeit ein Zeichen ganz besonderen Wohlwollens erblicke. Wenn hätte ich jedem Einzelnen der liebenswürdigen Spender gedankt, doch meine sehr in Anspruch genommene Zeit verlagert mich dies. Aus gleichem Grunde habe ich schon mein Bedauern ausdrücken lassen, Sie persönlich im Gr. H. Qu. nicht empfangen zu können. Darf ich Euer Hochwohlgeboren daher bitten, der Vermittler meines wärmsten Dankes an alle Beteiligten, die mich aus Anlaß meines Geburtstages mit einem guten Tropfen ercenten, sein zu wollen.

Mit gleichzeitigem Dank für Ihre Zeilen vom 1. ds. Mts. und kameradschaftlichem Gruß an die Mitglieder des Kreiskriegerverbandes Rheingau bin ich

Euerer Hochwohlgeboren
ergebener

von Hindenburg, General-Feldmarschall.

Gültigkeit der Fleischkarten.

§ Radesheim a. Rh., 13. Nov. Wir weisen auch an dieser Stelle auf die dieser Tage in den amtlichen Kreisblättern erscheinende Bekanntmachung des Reichsausschusses hin, wonach die ursprünglich für die Zeit vom 11. bis 17. Nov. ds. Jrs. festgesetzte fleischlose Woche auf die Zeit vom 18. bis 24. ds. Mts. verlegt wurde. Da somit die Fleischausgabe in der Woche vom 11. bis 17. Nov. stattfindet, hat der Reichsausschuß bestimmt, daß die Fleischkartenabschnitte der Woche vom 18. bis 24. Nov. bereits eine Woche früher Gültigkeit haben. Für diejenigen Fleischversorgungsberechtigten, welche in der Woche vom 11. bis 17. Nov. verreisen, also an der örtlichen Fleischversorgung nicht teilnehmen, wird vom zuständigen Bürgermeisterrat die Gültigkeit der nächstfolgenden Wochenabschnitte der Fleischkarten hand schriftlich bescheinigt.

Der Verkehr mit dem besetzten Gebiet.

* Wiesbaden, 14. Nov. Es ist in zahlreichen Kreisen des Volks, namentlich auch in unserer Stadt, die selbst mit der weiteren Umgegend in die Besetzung durch feindliche Truppen einbezogen ist, die Frage aufgeworfen worden, ob es nach der Besetzung des linken Rheinufers durch den Feind vor allem mit den Städten Köln, Mainz, Koblenz noch unmittelbare Verkehrsmöglichkeiten geben wird. Diese Sorge dürfte überflüssig und unberechtigt sein. Post, Telegraph und Eisenbahn werden auch während der Zeit der feindlichen Besetzung keinen wesentlichen Beschränkungen unterworfen sein. Wie weit eine Zensur, Passwang und Durchsuchung der einzelnen Personen Platz greifen wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls ist zu erwarten, daß der Verkehr mit den besetzten Gebieten aufrecht erhalten bleibt. (W. T.)

Gleichen „Ich“ für alle.

* Höchst a. M., 12. Nov. Auf Anordnung des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates wurde vom letzten Montag an für die Beamten und Arbeiter der Fabrikwerke ein Mittagsstisch mit der gleichen Speisefolge eingeführt, so daß eine Bevorzugung der Beamten, über die schon seit langem von der Arbeiterschaft geklagt wurde, nunmehr in Fortfall kommt. Die gleiche Maßnahme traf der A- und S-Rat auch in der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron.

Schleichhandel.

* Griesheim a. M., 12. Nov. In der Chemischen Fabrik Elektron beschlagnahmte der Arbeiter- und Soldatenrat ein großes Lager verborgener Lebensmittel, das zu den bekannten hohen Preisen heimlich im Schleichhandel aufgelassen war und an die Beamtenschaft abgegeben werden sollte. Die gesamten Waren werden demnächst zu den gesetzlichen Höchstpreisen an die Bevölkerung verkauft.

Hohe Schweinepreise.

* Worms, 13. Nov. Die Preise für Schlachtschweine gehen enorm in die Höhe. Einem Kaufliebhaber wurden dieser Tage für das Pfund Schlachtgewicht 18 Mk. abgefordert, so daß ein zwei Zentner schweres Schwein sich auf die Summe von 3600 Mk. stellen würde, — ein Preis, für den man im Frieden den ganzen Viehbestand eines kleinen oder mittleren Landwirts aufkaufen konnte.

Allgemein erhöhte Mehlmration.

* Berlin, 13. Nov. Infolge der Erklärung des Kriegernährungsamts gibt die Reichsgetreidekasse bekannt, daß vom 1. Dezember d. Js. ab die tägliche Mehlmration allgemein um 40 Gram erhöht wird. Den Schwer- und Schwerstarbeitern wird diese Erhöhung auf ihre Zulagen angerechnet. Die erhebliche Verbesserung auch für sie liegt in der Erhöhung der Brotmenge für ihre Familienmitglieder.

Doppelmord in Berlin.

* Am Samstagabend ist in dem Hause Gerichtstr. 15 der 28 Jahre alte Rohrschlichter Josef Erbacher und seine Braut, die 25 Jahre alte Minna Lüders, von einem Polen, der sich Kollod nannte, wahrscheinlich aus Rache getötet worden. Der Täter konnte noch nicht gefasst werden. Die beiden an ihren Verletzungen Verstorbenen konnten noch Angaben machen, so daß man mit Bestimmtheit annehmen kann, daß der angebliche Kollod mit Vorbedacht und voller Ueberlegung gehandelt hat. Eine Kiste, die 20 000 Mk. enthielt, sowie alle anderen Wertsachen der Mörder unberührt gelassen, so daß anzunehmen ist, daß er lediglich aus Rache gehandelt hat. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Kriminalpolizei von dem Verbrechen in Kenntnis gesetzt, und diese ist zurzeit bemüht, den Verbrecher zu ermitteln.

Mainz, Koblenz, Köln.

* Die „Köln. Volksztg.“ schreibt sehr richtig: Gemäß Punkt 4 der angenommenen Waffenstillstandsbedingungen werden sofort die Städte Mainz, Koblenz, Köln durch feindliche Truppen besetzt. Für Beginn und Verlauf der Friedensunterhandlungen wird nun außerordentlich viel davon abhängen, daß besonders in diesen drei Städten und ihrem 30 Kilometer Umkreis völlige Ruhe und Ordnung aufrechterhalten bleibt. Das mögen sich alle diejenigen gesagt sein lassen, die in diesen Städten gegenwärtig die öffentliche Gewalt in Händen haben. Wenn bei Eintreffen der feindlichen Besatzungstruppen, die in den nächsten Tagen zu erwarten sind, in diesen drei Städten bolschewistische Zustände herrschen sollten, würde dies für die Friedensverhandlungen sich sehr verhängnisvoll erweisen. Deshalb mögen möglichst viele Bürger dieser Städte im eigenen wohlverstandenen Interesse sich dem Ordnungsdienst zur Verfügung stellen.

Eine wichtige Frage.

Punkt 4 des Auszugs aus den Waffenstillstandsbedingungen besagt: Räumung des linken Rheinufers. Es erhebt sich jetzt überall die Frage, ob auch diejenigen wehrpflichtigen Deutschen, die infolge Entlassung vom Militärdienst, Reklamation oder aus sonstigen Gründen augenblicklich nicht bei den Waffen stehen, ebenfalls das linke Rheinufer verlassen müssen. Es ist dies eine Frage von weittragender Bedeutung, die schleunigst geklärt werden muß.

Zur Beleuchtung der Waffenstillstandsbedingungen.

Deutschlands staatliche und private Bahnen hatten im Jahre 1915 insgesamt 32 272 Lokomotiven, 19 372 Gepäckwagen, 228 538 gedeckte und 495 507 offene Güterwagen. Der normale Zugang betrug bisher jährlich rund 1000 Lokomotiven und 32 000 Güterwagen.

Wie wird jetzt recht gesprochen?

* Eine Aenderung in den bisher üblichen Formulierungen der Gerichte besteht darin, daß die Urteile nicht mehr unter Vorausschickung der Formel „Im Namen des Königs“ verkündet werden, sondern mit der Einleitung „Es ist für recht erkannt worden“. Vor einem Berliner Schöffengericht verurteilte der Vorsitzende das Urteil „Im Namen der provisorischen Regierung“. Es sind Anweisungen über die weitere Handhabung und Ausführung der Rechtsprechung noch nicht erlassen. Es ist deshalb den Richtern überlassen worden, die Urteilsfällung in der von ihnen für richtig erachteten Form vorzunehmen.

Eine originelle Anzeige.

welche die Kartoffelversorgung beleuchtet, ist in der „Oberlausitzer Dorfzeitung“ zu lesen. Sie hat folgenden Wortlaut: Rittergutsbesitzer und sonstige Landwirte! Hat denn tatsächlich keiner von den Herren 15 Zentner Speisefartoffeln gegen Landbestartoffelarte und Geld übrig? Nachricht erbeten an Eisenbahnassistent Humann, Neugersdorf i. S.

Grippe-Erkrankungen.

* Basel, 13. Nov. Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus Kristiania: Die Grippe greift in immer größerem Maße um sich. Täglich werden mehrere hundert neue Fälle gemeldet. Bis Ende September wurden 100 000 Erkrankungen mit 2000 Todesfällen festgestellt. Die Oktoberziffern sind bedeutend höher.

Weinzeitung.

+ Aus dem Rheingau, 14. Nov. Die Weinlese zieht sich bei uns ja stets länger hinaus als anderwärts, weil man im Rheingau eben Wert darauf legt, Weine von recht hervorragender Güte herauszubringen. Auf alle Fälle sind die Trauben durch Hängenlassen bis jetzt doch besser geworden und haben höhere Mostgewichte erreicht. Gerade in den ersten Tagen war dieses Verfahren von Vorteil. Soweit die Trauben gesund geblieben sind, brachte das Hängenlassen auch keinen Schaden, sonst freilich dürfte hinsichtlich der Menge doch mancher Verlust eingetreten sein. Der Mengeertrag erreicht einen halben bis Dreiviertelherbst, die Mostgewichte betragen 65—85 Grad im allgemeinen. Verlangt wurden für den Zentner Trauben einschließlich 120—140 Mk. Geschäftlich aber war bis jetzt nur in Trauben-Verkäufen etwas Betrieb.

§ Ober-Ingelheim, 13. Nov. Das Verkaufsgeschäft in weißen Trauben gestaltete sich langsam. Im ganzen Ingelheimer Grund ging es damit nicht besonders. Bezahlt wurden für den Zentner 80—90 Mk. Der Mengeertrag erreichte einen halben bis Dreiviertelherbst. Die Mostgewichte betragen 60—80 Grad bei 9,5—12 pro Mille Säure.

< Klingenberg (Main), 13. Nov. Hier war ein ganz geringes Geschäft in Trauben. Der Zentner kostete 90—95 Mk. Für die 100 Liter 1918er wurden in Großlangheim 300—320 Mk., Rödelsee 300—350 Mk., Spohsen höhere Preise angelegt.

× Aus Rheinhessen, 13. Nov. Abgesehen von einigen größeren Besitzern und solchen, die die Trauben länger hängen ließen, um eine Erhöhung der Güte herbeizuführen, ist die Traubenlese zu Ende. Es wurden bei dem längeren Hängenlassen zweifellos höhere Mostgewichte herausgeholt, die sich bis 100 Grad und darüber steigerten. Das geschäftliche Leben ist ziemlich belanglos, wie dies ja ganz natürlich erscheint. 1918er wurde verschiedentlich zu 2200—2600 Mk. das Stück verkauft, es wurden aber auch kleinere Gebote, die bis 1500 Mk. zurückgehen sollen, gemacht. Es ist 1917er zwar vereinzelt billiger zu erwerben, im allgemeinen aber herrscht auch in älteren Jahrgängen kein Geschäft.

× Aus der Rheinpfalz, 13. Nov. Das Geschäft in 1918er ist ruhig in den verschiedenen Bezirken. Aber die Wirte kaufen doch. Stellenweise ist auch mehr Betrieb. An der oberen Haardt wurden für die 1000 Liter 1918er 2800—3600 Mk., an der mittleren Haardt 3600—5000 Mk., an der unteren Haardt 3200—3700 Mk., in den Seitentälern ähnliche Preise angelegt.

Gerichtszeitung.

= Aus der Rheinpfalz, 13. Nov. Vor der Strafkammer Landau hatte sich die Maria Eva Frey aus Ibsheim wegen Verfälschung ihres Mostertrages aus dem

Jahre 1917 mit Treibern und Obstwein zu verantworten. Sie verkaufte von dem Ertrag 4300 Liter zu 3200 Mk. die 1000 Liter als Naturwein. Der Käufer entdeckte sofort die Fälschung. Das Urteil lautete auf 10 Tage Gefängnis und eine Geldstrafe von 2000 Mk. oder 6 Monate Gefängnis. Die 4300 Liter Wein wurden eingezogen.

Landau, 10. Nov. Wegen Uebertretung seines Verbotserlasses vom Jahre 1916 hatte der Winger Christian Colling aus Frankweiler sich vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Sowohl die Chemiker als auch die Jünglingsvereinsmitglieder bezeichneten den Wein als überfressen. Der Angeklagte, der den besten Ruf hatte und bis jetzt unbescholten war, erklärte vor Gericht, daß er den Wein nur geguckt habe, um ihn später seinen aus dem Felde kommenden Kameraden vorlegen zu können. Auf anonyme Anzeige hin kam er vor Gericht. Unter Zuhilfenahme mildernden Umstände wurde er zu 300 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis wegen Weinfälschung und zu 100 Mk. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis wegen der unterlassenen Bucheintragung verurteilt.

Bücherkunde.

* Wirtschaftsbuch für landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebsmittler und kleineren Umfanges, mit den wichtigsten Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes und einem Anhang zur Berechnung der Umsatz- und Einkommensteuer. Verlag der Hofbuchdruckerei P. Baum in Wiesbaden, Preis 2,50 Mk.

Das Umsatzsteuerbuch vom 26. Juli d. J. verlangt von sämtlichen steuerpflichtigen Personen und Betrieben vom 1. August 1918 an die ordnungsmäßige Aufzeichnung ihrer täglichen Einnahmen (Eingänge).

In oben genanntem Verlag ist das von einem hervorragenden Steuerfachmann ausgearbeitete und in gemeinverständlicher Weise dargestellte Wirtschaftsbuch erschienen, das jedem Inhaber eines mittleren oder kleinen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebes die in dem neuen Gesetz vorgesehenen Verpflichtungen mit Leichtigkeit erfüllen hilft. Das Buch ist für ein Kalenderjahr berechnet. Es enthält die wichtigsten Bestimmungen des neuen Gesetzes und eine Anleitung zur Berechnung der Steuer. Ferner ist in ihm für die Eintragung der laufenden Betriebsausgaben Platz vorhanden, so daß es bei ordnungsmäßiger Benutzung auch wertvolle Dienste bei der Aufstellung der jährlichen Einkommensteuer-Erklärung leisten wird, auch demjenigen, der sich bis jetzt keine Kenntnisse in Buchführung angeeignet hat.

Wie geht eine Demobilisierung vor sich?

Von Generalmajor a. D. Spohn.

Die Demobilisierung bewegt sich in denselben Gleisen wie die Mobilisierung, aber in umgekehrter Folge. Während die Mobilisierung ähnlich dem Bau eines Hauses von unten ausgehend Stein an Stein fügt, bis das Werk vollendet ist, so wird bei der Demobilisierung, wie bei dem Abbruch eines Gebäudes, von oben begonnen. Ist der erste Schritt der Mobilisierung die Einberufung der Ergänzungsmannschaften, dem noch Einleitung, Bewaffnung, Ausrüstung, die Aufstellung der Formationen und der Aufmarsch nach der Ordnung des Bataillons an den Grenzen folgt, so schließt die Demobilisierung, abgesehen

von der Schließarbeit, mit der Entlassung aller derjenigen Unteroffiziere und Mannschaften, die nicht mehr in der Ableistung ihrer aktiven Dienstpflicht stehen.

Das erscheint außerordentlich einfach, aber dem ist keineswegs so, im Gegenteil, es kann kaum eine Arbeit geben, die mehr Sorgfalt erfordert, als die Durchführung einer Mobilisationsarmee auf den Friedensstand. Greifen da nicht alle scheinbar noch so nebensächlichen Räder und Nadeln genau und so glatt ohne jede Reibung ineinander, so entstehen Störungen.

Der erste Schritt ist die Räumung des besetzten feindlichen Gebietes, und das verlangt vor allem die Höchstleistung unserer Eisenbahnen, einschließlich derjenigen in den feindlichen Ländern.

Im Feldzuge 1870/71 lag die oberste Leitung des gesamten Feldbahnwesens der deutschen Armee einer zum Großen Hauptquartier gehörenden Exekutivkommission ob, von der alle gemeinsamen Maßnahmen bezüglich des gesamten Transportwesens ausgingen, und es ist anzunehmen, daß eine dieser mindestens ähnlichen Organisationen auch für den gegenwärtigen Weltkrieg besteht. Welche eine enorme Arbeit damit den Eisenbahnen für den Nachtransport der Truppen zufällt, ist im Rückblick auf die fieberhafte Tätigkeit der Eisenbahnen im Beginn des Feldzuges und fortlaufend bei allen Truppenverschiebungen von einem Kriegsschauplatz auf den anderen, umschwer zu erkennen.

Es kommt wesentlich darauf an, zuerst festzustellen, welche Eisenbahnlinien für den Abtransport der Truppen und des gesamten Kriegsmaterials überhaupt in Frage kommen, und in welchem Umfange ihre Belastung möglich ist. Ist das geschehen, so wird es erforderlich, die Truppen an die einzelnen Einschiffungspunkte heranzuziehen. Dabei ist es durch die damit herbeigeführte Seetransport von unendlichem Wert, den nach der neuen Friedensenteilung erforderlich werdenden Austausch einzelner Truppenteile schon jetzt in Rechnung zu ziehen und zu bewirken. Das bedingt wieder eine peinliche Sorgfalt in der Ausarbeitung der Marschrouten, um störende Kreuzungen und ein-schädliche Zusammenströmen mehrerer Truppenteile auf derselben Strecke zu gleicher Zeit zu vermeiden. Nicht minder wichtig ist aber die Sicherstellung der Verpflegung während der Märsche und auf den Verpflegungsstationen der Eisenbahnen.

Sind nun die Truppenteile in ihren Garnisonen angelangt, so kommt es darauf an, die dem Lande so lange Jahre entzogenen gewesenen Arbeitskräfte künftighin bald wieder zuzuführen, und die Entlassung der Mannschaften in die Heimat wird sofort und genau in derselben Weise, wie nach Übungen im Frieden in die Wege geleitet, das heißt, sämtliche Ausrüstungs- und Verpflegungsmittel, insofern letztere den Mannschaften nicht belassen bleiben müssen, werden abgegeben, jeder Mann wird ärztlich untersucht und falls er noch der ärztlichen Behandlung bedarf, dem Lazarett zugeführt; gleichzeitig erfolgt die Belehrung über Invaliden- oder Rentenansprüche, sowie über die Pflichten im Heimatlande, sowie die Abfindung mit allen Gebührenden. Nach Erledigung dieser überaus wichtigen Arbeiten haben alle zur Entlassung Kommenden die Stammbuch anzuzeichnen und dann beginnt der Abtransport in die engere Heimat.

Es ist natürlich, daß kein Mann länger zurückgehalten wird, als dies nach Lage der Verhältnisse unbedingt nötig wird. Demgemäß erfolgt die Auflösung der immobilen Truppeneinheiten in der Heimat nach Maßgabe ihrer Ent-

behrlichkeit unabhängig von der Heimkehr der mobilen Formationen. Unter den gleichen Gesichtspunkten geht auch die Desarmierung der Festungen und Küstenbefestigungen, sowie die schnelle Beseitigung aller dem Schiffsverkehr hinderlichen Sicherheitsmaßnahmen vor sich.

Das ist in großen Zügen der Verlauf einer Demobilisierung, soweit er sich vor der breiten Öffentlichkeit vollzieht, aber die Fülle von Arbeiten, die sich nach der Entlassung der Mannschaften bei den Truppenteilen aufhäuft, ist unermesslich; ich erinnere nur an die Wiedereinrichtung einer geordneten Verpflegungswirtschaft und an die Beschaffung der notwendigen Bestände. Dasselbe gilt für alle Ausrüstungsstücke, für Waffen, Munition, Fahrzeuge usw. Aber damit nicht genug, herrscht auch auf allen Schreibzimmern reges Leben. Alle Akten müssen vervollständigt werden, namentlich die Kriegsstammbücher, Tagebücher und dergleichen dürfen keinerlei Akten aufweisen. Bei unendlich vielen Leuten werden sich leider noch infolge des Feldzuges Leiden einstellen; darüber müssen die entsprechenden Akten Auskunft geben, und es wäre sehr übel, wenn es dann an den nötigen Unterlagen fehlen sollte.

Von unendlicher Wichtigkeit ist auch die Aufstellung der Militärpapiere; jeder Mann bekommt seinen Paß und ein Führungsattest, und jeder Mann wird mittels Überweisungs-Rationale dem Bezirkskommando überwiesen, in dessen Kontrolle er zurücktritt.

Die Demobilisierung beginnt an dem für diesen Zweck von den zuständigen Stellen festgesetzten Tage, sie endet erst, wenn die Arbeiten bei den Truppenteilen und Bezirkskommandos beendet sind. Das ist naturgemäß überall verschieden und richtet sich im einzelnen nach dem Eintreffen des Truppenteils in der Heimat. So viel steht aber fest, daß die Arbeit selbst ohne jede Unterbrechung fortgesetzt und nach Möglichkeit beschleunigt wird.

Ein Wort über deutsche Frauenkleidung.



Das hübsche Mittelkleid, dessen Machart sich auch für Papier- oder zweierlei Stoffe eignet, war aus blauem, rotgestreiftem Material hergestellt und durch einen dunkelblauen Seidenstreifen ausgefaltet. Bemerkenswert an ihm ist das breite Einschnitt aus quergebrettem Stoff, das sich in gleicher Form im Rücken wiederholt. Der schlanke Puffärmel endigt in hoher Manschette mit Seidenaufschlag. Der leicht gereichte Rock wird durch den lose umgelegten Gürtel oben festgehalten, unten schließt ihn ein quergebretter Anfaßstreifen ab. Zu diesem Kleide ist der Schnitt in 44, 46, 48, 50 cm halber Oberweite durch die Modenzentrale, Dresden i. S., zu beziehen.

Fr. 1008, Gesamtwert im Ankleiden.

Verantwortlich: Adam Etienne, Dörflich.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und bei der Beerdigung meines nun in Gott ruhenden unvergesslichen Vaters, unseres guten Vaters

Herrn Bernhard Kühn

sagen wir allen unseren innigsten Dank. Ganz besonders Dank den barmherzigen Schwestern für die liebevolle Pflege und für die vielen Kranz- und Blumenpenden.

Dörflich, den 13. November 1918.

Die trauernd Hinterbliebenen.

Kaufmann. Privatschule Bein

Wiesbaden Rheinstraße 115 nahe der Klingkirche.

Beginn

neuer Gesamt- und Einzelkurse für alle Fächer Anfang November.

Ebenso Nachm.- und Abend-Sonderkurse für Buchführung, kaufm. Rechnen, Stenographie, Maschinenschreiben, Schönheitszeichnen etc.

Herrn Bein, Clara Bein, Dipl.-Kaufleute und Dipl.-Buchhalter. Fernspr. 223.

Prima kräftiger

Fahr-Ochse

steht zu verkaufen. Geisenheim a. Rh., Neugasse 9.

Frauen u. Mädchen

für leichte Arbeit gesucht.

August Haenchen, Elektrotechnische Fabrik, Eltville a. Rh.

Arbeiter

finden dauernde Beschäftigung in der

Seitellerei Söhle, Schierstein a. Rh.

Frauen und Mädchen

finden lohnende Beschäftigung in der Trocknerlei

Malzfabrik Kels, Eltville.

Zur Hauschlachtung

empfehle alle Sorten

Därme und Kordel

Jean Demmler, Eltville, Fernsprecher 33.

Jedes Quantum

Dickwurz

kauft zu den höchsten Preisen v. Brenano'sche Gutverwaltung in Winkel.

Hund entlaufen,

mittelgroß, braun mit schwarzem Rücken, langem Schwanz und Halsband mit Namen „Felix“, Düsseldorf, auf den Ruf „Felix“ hörend Wiederbringer erhält gute Belohnung.

Seh.

Marienhöhe

bei Erbach im Rheingau.

Stückfässer

zu verkaufen.

Gg. Anderson, Frankfurt a. M.

Wein-Fässer,

(20-600 Liter)

sowie

Herbstbütten

empfiehlt

Gg. Jos. Friedrich, — Telefon 70, — Dörflich am Rhein.

3 neue Halbstückfässer,

an Selbstverbraucher zu ver-

kaufen.

Näheres zu erf. in der Expedition d. Bl.

Salbstück, Viertelstück, kleine Fäß, Schiefen u. Liefß abzugeben.

Joh. Pet. Bibo,

Dörflich, Landstraße 43.

3 Halbstückfäß

zu verkaufen bei Jos. Ferber, Hallgarten.

Buchdruckerlehrling

sucht

Buchdruckerei des Rheingauer Bürgerfreund, Dörflich.

Piano's

stimmt und repariert

Wilh. Müller, Mainz

Kgl. Spanischer und Luxemburger Hof-Piano-Fabrik.

Gegr. 1843. Tel. 44, Münsterstr. 10.